

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. November 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfgeplante Zeile; Klaus-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 130

Des Allgemeinen Buhtags wegen muß Nr. 132 schon am 15. November fertiggestellt werden. Alle für jene Nummern bestimmten Bekanntmachungen, Inserate usw. müssen deshalb bis Montag, den 15. November, früh, in unsern Händen sein.

Bekanntmachung

Der Tarifausschuß hat in seiner Sitzung vom 8. November beschlossen, daß die Entschädigung für Herstellung von Montagstellungen ab 1. November wie folgt zur Auszahlung kommen soll:

In Orten ohne	Kohalszuschlag	26,50 Mk.	Maschinen- leher	29,— Mk.
mit 2 1/2 Proz.	„	27,10	„	29,66
„ „ 5	„	28,20	„	30,82
„ „ 7 1/2	„	28,80	„	31,49
„ „ 10	„	30,—	„	32,75
„ „ 12 1/2	„	30,60	„	33,41
„ „ 15	„	31,20	„	34,07
„ „ 17 1/2	„	32,45	„	35,39
„ „ 20	„	33,05	„	36,05
„ „ 25	„	34,25	„	37,37
Hamburg	„	34,80	„	37,92
Berlin	„	35,05	„	38,30

Gleichzeitig ist beschlossen worden, daß sämtlichen Lehrlingen mit Wirkung ab 1. November die bisher gezahlte wöchentliche Entschädigung zu erhöhen ist, und zwar:

In Orten ohne Kohalszuschlag und bis einschließlich 12 1/2 Proz.	„	um 1,50 Mk.,
in allen übrigen Orten	„	2,—

Berlin, den 9. November 1920.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Sans Keenemann, Robert Braun,
Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender.
Paul Schiebs, Geschäftsführer.

Beschlußprotokoll

über die Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker vom 25. Oktober 1920 und folgende Tage in Berlin

Erster Verhandlungstag

(Freitag, den 5. November)

Für die an den Verhandlungen vorübergehend nicht mehr teilnehmenden Kreisvertreter Herren Dr. Heimann und Kemmerich sind Herr Grüwell (Dormmund) und Herr Söndner (München) als Ersatzmänner eingetreten.

Eine Plenarverhandlung findet nicht statt, sondern die Kommissionen bleiben weiter tätig, um die ihnen übergebenen Aufgaben zu erledigen.

Zwölfter, dreizehnter und vierzehnter Verhandlungstag

(6., 7. und 8. November)

Am zwölften und dreizehnten Verhandlungstage, dem 6. und 7. November, haben die drei Kommissionen ihre Beratungen fortgesetzt. Plenarverhandlungen fanden in der Zwischenzeit nicht statt, nur traten die Parteirepräsentanten am Schluß oder am Beginn des Verhandlungstages zu Aussprachen über das Resultat der einzelnen Kommissionsberatungen zusammen.

Am vierzehnten Verhandlungstage, Montag, den 8. November, abends, waren die Beratungen in der Kommission II, die u. a. über Sonderbestimmungen für Maschinenleher Vorbeschlüsse zu fassen hatte, bei der Frage der Arbeitszeit und der Entlohnung der Maschinenleher zum Stillstande gekommen, d. h. es war eine Einigung zwischen den Kommissionsmitgliedern nicht zu erzielen. Infolgedessen wurde der gesamte Tarifausschuß am Dienstag früh zu gemeinsamer Verhandlung zusammenberufen, und zwar auf Antrag der Gehilfenvertretung.

Der Antrag der Gehilfen ging dahin, die Arbeitszeit der Maschinenleher täglich um eine halbe Stunde zu kürzen und das Lohnminimum um 25 Proz. höher zu bemessen, als wie das der übrigen Gehilfen. Die Zulassung der geladenen Experten als Zuhörer zu dieser Plenarverhandlung wird beschloffen.

Bei Eröffnung der Plenarverhandlungen begründet der Gehilfenreferent den Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit in erster Linie damit, daß seit Einführung der Sehmachine die kürzere Arbeitszeit für die Maschinenleher zugestanden worden sei, und daß sie damals wie heute in erster Linie mit der gesundheitschädlichen Beschäftigung an den Sehmachinen begründet wurde. Aus denselben Gründen sei auch überall im Auslande die Verkürzung der Arbeitszeit an den Sehmachinen zur Einführung gekommen. Wenn auch die achttündige Arbeitszeit jetzt eine allgemeine geworden sei, so seien die Maschinenleher doch der Auffassung, daß, nachdem seit Einführung der Sehmachinen die Verwendungsmöglichkeit derselben eine wesentlich größere und der Mechanismus derselben seit jener Zeit viel komplizierter geworden, der Antrag auch keine Berechtigung habe. Prinzipalsseitig erkläre man, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu ertragen sei. Die Maschinenleher hätten aber festgestellt, daß im Reiche bereits 15 Proz. aller Betriebe eine Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt hätten, und daß davon 20 Proz. aller an den Sehmachinen beschäftigten Gehilfen betroffen seien. Damit sei auch die Möglichkeit für die Verkürzung der Arbeitszeit nachgewiesen. Wenn man ein um 25 Proz. erhöhtes Lohnminimum der Handleher als Mindestlohn beanspruche, so müsse zunächst darauf hingewiesen werden, daß sich dies bereits eingebürgert hätte, und daß diese höhere Entlohnung begründet sei durch die größeren Leistungen und auch damit, daß die Arbeitgeber teilschonen wolle am Gewinne der Maschinen. Die Gehilfenstatistik beweise auch, daß die Maschinenleher im allgemeinen höher entlohnt werden. Die Sparkassen seien dauernd tätig, um die Leistungsfähigkeit der Maschinenleher zu erhöhen, und da hieraus in erster Linie die Arbeitgeber Gewinne zögen, müßten sie den Maschinenleher auch entsprechend entgegenkommen. Sollte die Prinzipalität dem berechtigten Verlangen der Maschinenleher in bezug auf Arbeitszeit und Arbeitslohn nicht entsprechen, so hätten die Maschinenleher auch kein Interesse mehr an der Maschine, und der Unwille, der unter den Maschinenleher deshalb entstehen würde, würde sich zum Schaden des Gewerbes sehr merklich äußern. Die technischen Kurie, die man gehilfenseitig zur Auszubildung der Maschinenleher eingerichtete habe, werde man eingehen lassen. Man werde keine Montage mehr ausüben und dergleichen mehr. Alles dies könnte nur zum Schaden der Prinzipalität sich entwickeln und deshalb müsse um Annahme der Gehilfenanträge erucht werden. Man habe die aufgestellte Forderung der Gehilfen bereits entsprechend reduziert und verlange nur eine 7 1/2 stündige tägliche Arbeitszeit und eine 15prozentige Erhöhung des errechneten Grundlohns für Handleher.

Prinzipalsseitig wird entgegnet, daß die wiederholt aufgestellte Behauptung, das Arbeitsverhältnis an den Sehmachinen sei gesundheitschädlich wegen Nichteinhaltung sanitärer Vorschriften, nicht zutreffend sei, auch die von den Maschinenleher ermittelte Statistik über die Gesundheitsverhältnisse der Maschinenleher sei für die gestellten Anträge nicht ausschlaggebend. Die vorgetragene Statistik sei mangelhaft und beweise nicht das geringste. Die Bundesratsvorschriften müssen eingehalten werden; werden sanitäre Vorschriften nicht beachtet, dann muß die Beachtung derselben gehilfenseitig verlangt werden. Wichtig sei, daß der Maschinenleher ein Wohlthunendes mehr als der Handleher leiste; diese Mehrleistung sei aber durch die Technik der Maschine bedingt, ohne daß deshalb die Gesundheitsverhältnisse der Maschinenleher ungünstig beeinflusst würden. Wenn im Auslande kürzere Arbeitszeit bestünde, so ist nebenher nicht nachzuweisen, ob dies nicht etwa auf das Fehlen sanitärer Vorschriften zurückzuführen ist. Nachdem die achttündige Arbeitszeit ganz allgemein eingeführt worden ist, liege ein Anlaß zur weiteren Verkürzung der Arbeitszeit der Maschinenleher nicht vor. Sabe man bei Einführung der Sehmachinen die Arbeitszeit gekürzt, so lag dies aus bekannten Gründen im Interesse beider Tarifparteien. Die vorgetragenen Prozentziffern über bereits bestehende kürzere Arbeitszeit in Berlin und der Provinz Brandenburg beweisen nicht viel, wenn man berücksichtigt, daß diese kürzere Arbeitszeit vielfach durch das Zeitungswesen herbeigeführt werde. Man habe gehilfenseitig auch auf die Entschleunigungen der Ma-

schinenleher oder Orte hingewiesen, mit denen eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt werde; darin liege bei der hierfür genügend betriebenen Propaganda noch nicht der Beweis des Willens aller Maschinenleher. Die Prinzipalität verlange, daß die Maschinenleher mit den übrigen Arbeitern die gleiche Arbeitszeit hätten. Auch bestriche die Prinzipalität nicht, daß es deshalb an tüchtigen Maschinenleher fehlen würde. Der anscheinend angebrochenen Sabotage sehe man deshalb prinzipalsseitig mit Ruhe entgegen. Die kleine Montage, die bisher seitens der Maschinenleher zu verrichten war, gehöre eben zur Arbeitsleistung der Maschinenleher, und sie werde auch für die Zukunft verrichtet werden. Namens der Prinzipalität müsse erklärt werden, daß man unter keinen Umständen auf eine Verkürzung der Arbeitszeit eingehe, daß man aber über die Höhe der Entlohnung sich verständigen werde, weil man nach dieser Richtung hin nicht weit voneinander entfernt sei. In eine Verkürzung der Arbeitszeit könne und werde die Prinzipalität aber nicht einwilligen.

Der nachfolgende Gehilfenreferent meint, man habe bei Einführung der Sehmachinen es unterlassen, die Wirkung der Sehmachinen auf die Arbeitslosigkeit richtig einzuschätzen und habe insbesondere die Verhältnisse der Wirkung der Sehmachinen nicht angepaßt. Mit Einführung der alten Verlehnungskala habe man unbeachtet gelassen, daß eine Sehmachine zwei oder drei Handleher erzeuge. Das habe zur Überfüllung des Arbeitsmarktes geführt. Diese sei jetzt in großem Maße vorhanden, und es könne derselben nach Ansicht der Gehilfen nur mit dem Mittel der Verkürzung der Arbeitszeit begegnet werden. Gehilfenseitig habe man wiederholt auf die erforderliche Reduktion der Verlehnungskala hingewiesen, dies sei aber nicht beachtet worden. Die Gehilfenstatistik wolle die Entschleunigung der Technik nicht kassieren, aber es muß an derselben auch die Allgemeinheit der Gewerksangehörigen teilhaftig werden. Maschinen würden immer mehr eingeführt, das Arbeiten in den Schichten an den Sehmachinen würde dauernd vermehrt und daraus ist die große Arbeitslosigkeit entstanden, die zur Verkürzung der Arbeitszeit zwingt. Eine Tariftgemeinschaft kann nicht weiter bestehen, wenn nicht der Arbeitslosigkeit gesteuert wird. Die Prinzipalität darf sich deshalb nicht ablenken verhalten. Die Frage der Arbeitslosigkeit muß grundsätzlich und gründlich geregelt werden, wenn man das Gewerbe vor Anruhen schützen und wenn man weiterhin auch eine Tariftgemeinschaft haben will.

Der nächste Gehilfenreferent ist der Meinung, daß nicht alle der anwendenden Prinzipale den Standpunkt vertreten, der vom Prinzipalsreferenten vertreten worden sei, sondern er glaube, daß ein Teil derselben anderer Auffassung ist. Die Gehilfenstatistik sei bemängelt worden, angeblich, weil man keine Vergleiche zwischen mit andern Berufen erbracht hätte. Der Beweis, daß die Tätigkeit an der Sehmachine gesundheitschädlich ist, ist aber trotzdem erbracht worden. Man habe weiter die Entschleunigungen der Maschinenleher in den einzelnen Orten bemängelt; diese seien aber bestimmt nicht fabriziert worden, sondern entsprechen der Auffassung der betreffenden Gehilfenkreise. Seit 1911 sei das Arbeitsverhältnis der Maschinenleher dauernd ver schlechert worden; bis dahin hatten die Maschinenleher eine 8 1/2 stündige Arbeitszeit einschließlich Puhzeit, im Werk eine neunstündige Arbeitszeit einschließlich Puhzeit. Das Lohnminimum war höher um 25—30 Proz. als dasjenige der Handleher; das Berechnen wurde auch in den Werkbetrieben freigegeben; die Stundenleistung wurde erhöht; die Grundpreise wurden reduziert, ebenso auch eine ganze Reihe anderer Sätze, die für die technische Kalkulation an den Maschinen festgelegt waren. Von der Verlängerung der Arbeitszeit wurden damals drei Fünftel aller Maschinenleher betroffen. Redner weist auf die immer mehr überhandnehmende Einführung von Schichtwechsel hin, auf die Gesundheitschädlichkeit, hervorgerufen durch Arbeit bei künstlichem Licht und mangelhafter Heizungsanrichtung; zum Teil arbeiten Maschinenleher ohne jede Heizung. Ferner trägt hieran auch Schuld der zum Teil sehr schlechte Standort der Maschinen, soweit sie in Druckereien u. dgl. untergebracht sind. Alle diese Erchwernisse des Arbeitens an der Sehmachine sprechen für Bewilligung des Gehilfenantrags. Komme man dem nach, so könnte auch die Prinzipalität nur gewinnen.

Die nächsten beiden Gehilfenredner bringen zum Ausdruck, daß man im Augenblick in die Behandlung einer der brennendsten Fragen eingetreten sei, die man unbegreiflicherweise prinzipiell mit einem glatten Nein beantwortet hätte. Gehilfen sei man in Sachen der Feuerungsanlage entgegengekommen, man habe die Frage der allgemeinen Arbeitsverlängerung zunächst zurückgestellt, und deshalb könne sich die Prinzipialität nicht auf einen festlich abzulebenden Standpunkt stellen, um so weniger, als man früher prinzipiell bereits allgemein anerkannt habe, daß an den Maschinen kürzere Arbeitszeit gewährt werden müßte. Sinter den Maschinenlehren stehe die Allgemeinheit der Gehilfenchaft. Man verlange die Verlängerung der Arbeitszeit im Interesse der Arbeitslosen. Das sei der Standpunkt der Allgemeinheit der Gehilfenchaft. Will man wieder einen Tarif, so müsse man den Gehilfenwünschen auch gebührend entgegenkommen. Auch vertrete die Gehilfenchaft die Ansicht, daß heute eben so wie früher für die Ausnahmebestellung des Arbeitsverhältnisses an der Sechsmaschine dieselben Gründe maßgebend seien wie bei Einführung der Sechsmaschine.

Nachdem prinzipiell nochmals erklärt wird, daß dem Antrag auf Verlängerung der Arbeitszeit nicht entsprochen werden würde, ist die Rednerliste erschöpft und es kommt zur Abstimmung über den Antrag der Gehilfen auf Einführung der 7^{1/2} stündigen Arbeitszeit.

Bei der Abstimmung wird der Antrag abgelehnt. Hieran schließt sich zunächst eine Aussprache darüber, wann die Sonderbestimmungen für Drucker in der Kommission beraten werden sollen. Es wird beschlossen, daß die Vorsitzenden der Kommissionen I und III sich darüber verständigen sollen, ob die Bildung einer besonderen Kommission zur Behandlung dieser Sonderbestimmung noch am heutigen Tage möglich sei.

Gegenüber einem Antrage, die Entschädigung der Lehrlinge entsprechend der Befristungsordnung zu erhöhen, wird beschlossen, daß den Lehrlingen in Orten bis einschließl. 12^{1/2} Proz. Sozialzuschlag ab 1. November wöchentlich 1,50 Mk., in Orten über 12^{1/2} Proz. Sozialzuschlag 2 Mk. wöchentlich mehr zu gewährt sind.

Damit ist die Plenarversammlung zunächst beendet und die Kommissionen nehmen ihre Tätigkeit wieder auf.

Internationaler Gewerkschaftsbund und Deutschlands Not

Aufüberzeugende Beweise für die hervorragende wirtschaftspolitische Betätigung der Gewerkschaften in verschiedenen europäischen Ländern konnten wir in unser letzten Gewerkschaftsrevue schon vermessen. Ohne Zweifel sind darin revolutionäre Taten zu erblicken, die jeder Kritik standhalten. Dabei wurde auch erwähnt, daß die beiden Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Karl Legien und Peter Grahmann, einer Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbureaus folgend, am 22. und 23. Oktober an einer Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam teilnahmen, die sich mit der wirtschaftlichen Notlage Deutschlands beschäftigte. Die von den Entente-Regierungen herrschende Auslegung des Friedensvertrags und im Zusammenhang damit die Anordnungen der Wiedergutmachungskommissionen hatten den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, wiederholt schriftlich, das Internationale Gewerkschaftsbureau auf den Ernst der hierdurch in Deutschland geschaffenen Verhältnisse aufmerksam zu machen. Wir sind heute in der Lage, über die Besprechung der wichtigsten Fragen berichten zu können.

Die nationalstatische Propaganda der Polen in Ober-Schlesien hat blutige Ansuchen hervorgerufen, in deren Gefolge viele deutschstämmige Arbeiter von fanatisierten polnischen Arbeitern erschlagen, Frauen und Kinder erschuldigt mißhandelt, ihre Habe vernichtet und Tausende zum Verlassen des Landes gezwungen wurden. Trotz dieser schweren Gefährdung von Leben und Sicherheit des einzelnen wie der gesamten Industrie sehen die Besatzungstruppen diesem Treiben der Polen tatenlos zu, ja das französische Militär sympathisiert offen mit den Aufzählern. Die obersteinstliche Bevölkerung erblickt in dem Eingreifen der internationalen Gewerkschaftsbewegung die einzige Möglichkeit ihrer Rettung aus solch trostlosen Zuständen.

Obwohl die Abstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920 ergab, daß das Abstimmungsgebiet fast ausschließlich von Deutschen bewohnt wird, hat die Entente-Kommission einen Streifen von 50 m Breite und 45 km Länge auf dem rechten Weichselufer der Republik Polen zugesprochen. Damit gehen u. a. drei rein deutsche Dörfer in den Besitz Polens über. Diese „Regulung“ steht zudem in offenkundiger Widersprüche zu den Bestimmungen des Artikels 97 des Friedensvertrags, der Polen nur das Nulldrittelrecht über diesen Gebietsstreifen zwecks Stromregulierung und Meliorationsarbeiten zuerteilt. Abgesehen von dieser Rechtsverletzung in der Ausdeutung des Friedensvertrags im Einzelfalle bedeutet die Übergabe deutscher Gebiete an Polen eine schwere Beeinträchtigung der Ergebnisse jahrzehntelanger mühsamer Gewerkschaftsarbeit. Die polnischen Gewerkschaften vermögen den neu-erworbenen „Arbeitsort“ nicht annähernd das zu bieten, was letztere an Rechten in den deutschen Organisationen erwerben hatten. Infolgedessen geht die gewerkschaftliche Bewegung in den abgetretenen Gebieten händig zurück, obwohl derselbe Zustand wieder herbeigeführt wird, den die deutschen Gewerkschaften in jahrelanger langwieriger Arbeit beseitigt; die politischen Gebiete werden wieder die unerschöpflichen Quellen von gewerkschaftlich ungeschulten bedürftigen Arbeitern, die ihre Kameraden in den west-

lichen Ländern händig in den Arbeitsbedingungen unterliegen, um die eigene Existenz zu kräftigen.

Neben diesen Schädigungen mehr ideeller und persönlicher Art arbeiten die Entente-Regierungen absichtlich und konsequent auf eine vollkommene Zerschlagung der letzten Reste deutscher Wirtschaftskraft hin. Nach Artikel 169 und 202 des Versailler Vertrags müssen Waffen, Munition und Kriegsmaterial über die Deutschland zugewandenen Mengen hinaus der Entente ausgeliefert werden zur Zerschlagung und Unbrauchbarmachung. Wie mit der Durchführung dieser Bestimmungen betraute Internationalisierte Kommission legt diese Verpflichtung dahin aus, daß auch Maschinen abgeliefert oder zerstört werden müssen, die während des Krieges zur Verfertigung von Kriegsmaterial verwendet wurden, vor und nach dem Krieg aber friedlichen Zwecken dienten. Das bedeutet nicht nur eine schwere Schädigung der deutschen Industrie, sondern auch die Zerschlagung zahlreicher Arbeiter. So sollen die in der Gastabrick der Zeppelin-Werke in Staaken bei Berlin vorhandenen Kompressions- und Füllanlagen, außerdem aber auch sämtliche Stahlwerke zerstört werden. Die letzteren sind zur Zeit in Deutschland nicht in derselben Anzahl wiederherzustellen, während der 100 Werke gelieferter Sauerstoff- und Wasserstoff mehr als 100 großen Firmen für Friedenszwecke unentbehrlich ist.

Ähnlich liegt es mit über 200 Flugzeugmotoren bei der Ailer Reichswerk, Motoren von hohen Werken, die durch Entfernung einer Kurbelwelle für Flugzwecke leicht unbrauchbar zu machen, nummehr für Straßenbahnwagen umgebaut werden sollen. Auch hier verlangt die Internationalisierte Kommission die Zerstörung hochwertiger Maschinen, obwohl ihr für deren ausschließliche Verwendung zu Friedenszwecken jede erdenkliche Garantie — auch von der Arbeiterchaft — angeboten wurde.

Als geradezu typisches Beispiel für die Absichten der Internationalisierten Kommission muß aber deren Forderung auf Zerstörung aller in Deutschland befindlichen Dieselmotoren angesehen werden. Selbst wenn, wie gerücheltweise verlautet, „nur“ die Zerstörung der großen Dieselmotoren verlangt werde, die während des Krieges zum Antriebe der U-Boote dienten, jezt längst aber in industriellen Werken eingebaut sind, so kann die Forderung auf Vernichtung dieser hochwertigen Kraftmaschinen nur damit erklärt werden, daß die einschlägigen Industrien Englands und Frankreichs gegenüber der deutschen ins Hintertreffen geraten sind und daß die Zerstörung dieser großen Motoren ihnen Luft schaffen soll, den Vorsprung Deutschlands einzuholen. Auf solche rein kapitalistische Erwägungen kann sich die deutsche Arbeiterchaft natürlich nicht einstellen, denn diese bedeuten für sie jahrelange Arbeitslosigkeit, ja, die unumföhrliche Sicherkeit, glatt zu verhungern. Sie ist darum fest entschlossen, unter allen Umständen und im Hinblick auf alle Konsequenzen der Zerstörung der Maschinen und Motoren zu widerstreben. Sie läßt sich nicht die letzte Möglichkeit, ihre Existenz aufrechtzuerhalten, aus der Hand schlagen!

Die dem deutschen Volke durch die Entente aufgewungene Lage ist nicht nur für uns unerträglich, sondern auch vom Standpunkte der „Siegerländer“ Länder aus unermesslich. Deutschland soll den in Belgien und Nordfrankreich durch seine Heere angerichteten Schäden wieder gutmachen und hierzu ist unter Volk ernstlich gewillt, es soll außerdem jahrelang die ungeheuren Kosten der Besatzungsarmee tragen; sein Zustandsvermögen ist beschlagnahmt, dageschienen seine Handelsstoffe, sein Gebiet um sehr ertragreiche Teile vermindert, sein Finanzwesen, seine Volkswirtschaft aus schwerer Zerrüttung — und nun nimmt man ihm halbblütig auch die letzten Chancen, um seine Verpflichtungen zu erfüllen und sich wieder emporzuarbeiten. Was uns jezt alles angeht wird, ist mit dem Bestreben, Deutschland die Rettung und die Möglichkeit zu neuen Kriegen zu nehmen, nicht einmal den Ungläubigsten gegenüber zu begründen. Man will Deutschland nicht nur wirtschaftlich vollkommen zerstören, sondern auch seine Volkskraft selbst. Die neuerliche Forderung auf Herausgabe von 810 000 Maschinen ist nur verständlich, wenn man sich den Gedankengang Clemenceaus zu eigen macht, Deutschland habe „immer noch“ (Frankreich gegenüber) 11 bis 12 Millionen Einwohner „zu viel“. Darum eine Mahnahme, die in erster Linie unter Säuglinge, unfruchtliche und werdenden Mütter trifft. Unmenslicher ist kaum je ein Volk behandelt, ähnlicher kaum je ein Vertrag verletzt worden (unter ausdrücklicher Annahme der 14 Punkte Wilsons hatte Deutschland 1918 die Waffen niedergelegt). Die Regierungen der Ententevölker scheinen nur zu überleben, daß ein niedergebrosenes, zerstückeltes Deutschland auch die Existenz des übrigen Europa gefährdet, daß dies namentlich auf Frankreich zutrifft, und daß die zerrütteten Verhältnisse in der ganzen Welt erst dann sich bessern werden, wenn man Deutschland wieder zu Kräften kommen läßt. Es sind also nicht nur selbstliche Gründe, die heute die deutsche Arbeiterchaft veranlassen, die Solidarität der gewerkschaftlichen Internationalen anzurufen. Aber diese Solidarität müßte geübt werden fakultätig und schnellstens, die Regierungen der Entente müßten endlich angehalten werden, Deutschland gerecht und billig zu behandeln, nicht zuletzt zum Wohl ihrer eignen Völker. Ohne Übertreibung könnte gesagt werden, daß die Aufrechterhaltung der mittel- und westeuropäischen Kultur auf dem Spiele steht!

Die zwölftägige, in kameradschaftlichem Geiste geführte Aussprache ergab zunächst, daß über die Auswirkungen der Forderungen der Internationalisierten Kommission in den Arbeiterkreisen der Westländer vollkommene Unklarheit besteht, wie überhaupt die Gesamtlage Deutschlands im Zustande vielfach löselen Auffassungen begegnet. Das ist verständlich, wenn man sich die Beurteilung deutscher Ver-

hältnisse im überwiegenden und ausschlaggebenden Teile der Ententepresse vergegenwärtigt. Um die Vertretungen der in Frage kommenden Landeszentralen zu befähigen, sich ein Urteil aus eigener Anschauung zu verschaffen, wurde vom Vorstände des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschlossen, die Genossen Souhaur (Frankreich), Mertens (Belgien), einen noch zu bestimmenden Vertreter der englischen Gewerkschaften und den Sekretär des I. G. B. G. mmen, ins Ruhrgebiet zu entsenden, um sich zunächst dort über die Verhältnisse zu informieren. Die Delegation ist bereits am 30. Oktober im Ruhrgebiet eingetroffen. Auf Grund des von ihr an den am 22. November in London zusammentretenden Internationalen Gewerkschaftskongress zu ersichtenden Berichts werden die Schritte erwogen werden, die bei den Regierungen der beteiligten Länder zu unternehmen sind.

Die Mitglieder der zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse in das Ruhrgebiet entsandten internationalen Delegation sprachen in einer Gewerkschaftsverammlung in Essen sharply gegen die Belegung des Ruhrgebietes und drückten ihre herzliche Sympathie mit der deutschen Arbeiterchaft aus. Nur die markantesten Äußerungen seien hier nach einem Berichte der „Freiheit“ skizzenhaft festgehalten. Der französische Delegierte Souhaur führte aus, er sei ins Ruhrgebiet gekommen, um den deutschen Arbeitern die brüderlichen Gefühle der französischen Arbeiter und der Arbeiter aller im Internationalen Gewerkschaftsbunde vertretenen Länder zu übermitteln. Was hinter uns liege, sei begraben und die erste Sorge der Arbeiter aller Länder müsse es jezt sein, dem Kriege den Krieg zu erklären. Nur so würden die Arbeiter imstande sein, ihre große Aufgabe zu erfüllen. Der Redner streifte sodann die Richtlinien des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der gegen jeden Krieg und gegen jeden Militarismus und aus diesem Grunde auch gegen jede Belegung eines Landes durch militärische Kräfte sei. Zum Schluß erklärte Souhaur: „Wir wünschen den Wiederaufbau sowohl Deutschlands wie auch Frankreichs. Wir wünschen diesen Wiederaufbau durch gemeinsame Arbeit, aber nicht unter der Kontrolle von Bajonetten und Kanonen. Die Arbeiter aller Länder sollen freie Arbeiter sein. Das Glend, was wir hier gesehen, soll uns aber das Glend der französischen Brüder nicht vergessen lassen. Wir wissen jedoch, daß Deutschlands Glend nicht beseitigt werden kann ohne die gemeinsame Arbeit beider Länder.“ Die Aufgabe aller Arbeiter der Welt sei, nicht als Sklaven, sondern als Arbeiter in vollkommener Unabhängigkeit zu leben. In diesem Sinne sprach Souhaur die Hoffnung aus, eine Welt wiederzubeleben, in der es keinen Krieg mehr gibt und in der jeder wieder froh und glücklich sein soll, die Welt des Sozialismus. Der belgische Delegierte Mertens führte u. a. aus, wenn die kapitalistischen Kreise der Entente das Ruhrgebiet belegen wollten, dann werde sich die belgische Arbeiterchaft diesem Begehren einmütig widersetzen. Der Krieg sei zu Ende, die Arbeiter aller Länder müßten sich jezt zusammenschließen, um die Welt zu erobern. Der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes Stimmen streifte die Bognosterklärung des Internationalen Gewerkschaftsbundes gegen Sorhthung und die durch die Gewerkschaften verbindehten Munitionsenjendungen der Entente an Polen. Nun sei es Aufgabe des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Belegung des Ruhrgebietes zu verhindern. Seinen Auf- „Sollte fest an Euren Gewerkschaften, hattet fest an Internationalen Gewerkschaftsbund“, quisterte die Verammlung mit lärmlichem Beifall und Hochrufen auf die Amsterdamer Internationale. Im Schluß und Wortmund behauchte die internationale Kommission verschiedene Gruben und Fabriksbetriebe.

Es liegt bereits eine Meldung des „Matin“ vor, wonach der aus dem Ruhrgebiet nach Paris zurückgekehrte Gewerkschaftsführer Souhaur im Nationalrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes erklärte, die Delegation habe festgestellt können, daß die in Spa von den Alliierten übernommene Verpflichtung, die Ernährung der Bergarbeiter zu verbessern, nicht gehalten worden sei. Die Delegation vertrete die Ansicht, daß die eventuelle Belegung des Ruhrgebietes durch die Truppen der Entente durch nichts gerechtfertigt werde. Souhaur erklärte ferner, es sei die Pflicht der internationalen Gewerkschaften, auf Sicherstellung ausreichender Ernährung der Genossen im Ruhrgebiet zu drängen. Der Nationalrat schlug schließlich eine Resolution vor, die gegen die eventuelle Belegung des Ruhrgebietes protestiert, und in der die elende Lage der Bevölkerung, namentlich aber die unter den Jugendlichen herrschenden Krankheiten geschildert werden.

Mit der Frage der Belegung des Ruhrgebietes beschäftigte sich auch der Ausschub des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in seiner letzten Sitzung. Einstimmig wurde folgende Kundgebung angenommen:

Von Tag zu Tag mehren sich die Anzeichen, die die Gefahr einer gewalttätigen Belegung unfres rheinischer westfälischer Industriezweiers durch französische Streitkräfte näherbringen. Truppenzusammenschüngen, Anlegen von Truppenübungs- und Flugplätzen im besetzten Rheinland, offene Kundgebungen der französischen Presse und gleichgerichtete, an Landesverrat grenzende Bestrebungen sind deutscher Anteil lassen keinen andern Schluß zu, als daß der französische Militarismus nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um sich in den Besitz des Ruhrkohlenreviers zu setzen und damit Deutschland den wirtschaftlichen Lebens-Nerven abzuschneiden.

Die Folgen einer solchen Verewaltigung Deutschlands würden katastrophal werden, nicht nur für

unser Staats- und Wirtschaftseinheit, sondern auch für das gesamte Europa und für die wirtschaftlichen Beziehungen der Kulturvölker. Deutschland würde nicht allein zerrissen, sondern ein 60-Millionen-Volk zugleich dem Hunger und der Verzuhrung überlassen und damit eine Gefahr für die übrige Kulturwelt geschaffen. Es mag imperialistische Kreise in Frankreich geben, die auch das krasse Elend nicht von der Rücksichtslosigkeit der Weltreichen aus neue bedrohenden Verfolgung ihrer Ziele abschreckt — aber der einsichtigeren und weltbildenden Teil der Menschheit, und besonders die gesamte Arbeiterklasse aller Länder, sollte diese Gefahren erkennen und mit uns zu verhindern suchen.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Vertretung der deutschen Arbeiterschaft, erhebt die schärfste Verwahrung gegen diese französischen Vergewaltigungsabsichten und warnt die verantwortlichen Gewalthaber auf das eindringlichste vor der Ausführung solcher Pläne.

Der Bundesausschuss erlucht zugleich die Gewerkschaften aller Länder, sich diesem Protest anzuschließen und appelliert an den Internationalen Gewerkschaftskongress in London, eine Kundgebung im gleichen Sinne zu beschließen.

Wir sind überzeugt davon, daß — auch bei nächster Betrachtung der Sachlage — die angereichte Solidarität der gewerkschaftlichen Internationalen praktische Ergebnisse zeitigen wird. In dem Umfange, daß die Gewerkschaften ihr wirtschaftspolitisches Schwergewicht bei den wichtigsten Entscheidungen der internationalen Politik in die Waagschale zu werfen sich entschlossen sind, findet die internationale Solidarität der Tat gegen die Machenschaften des Ententeimperialismus und Imperialismus ihren sinnfälligsten Ausdruck. Demgegenüber bleibt der parteipolitische Einfluß der Arbeiterklasse, dank ihrer wahrhaftigen Zersplitterungslosigkeit, wirkungslos.

□ Aus der Betriebsratspraxis □

Die Aufgaben der Betriebsräte

und deren organisatorische Zusammenfassung

Das über dieses sehr geeignete Thema auf dem Reichsbetriebsräte-Kongress in Berlin gehaltene Referat des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Robert Dörmann, ist im Druck erschienen. Bei der großen Bedeutung, die den Verhandlungen und Beschlüssen über die Aufgaben und die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte zweifellos zukommt, verdient auch das grundlegende Referat Dörmanns dazu allgemeinen Interesse. Im so mehr, als es erfüllt ist von dem ehrlichen Bestreben, die gesunde Weiterentwicklung der Gewerkschaften sicherzustellen und die gewerkschaftliche Einheitsfront zu festigen. Die Aufschöpfung der 24 Seiten starken Broschüre empfehlen wir unsern Kollegen aufs angelegentlichste. Zu dem billigen Preise von 60 Pf. kann sie vom Verlage des „Volksrechts“ in Frankfurt a. M., Große Friedberger Straße 32, bezogen werden.

Wiederwahl von Mitgliedern aufgelöster Betriebsräte

Wie die „Soziale Praxis“ berichtet, hat das Reichsarbeitsministerium die Zulässigkeit der Wiederwahl eines wegen Verletzung seiner gesetzlichen Befugnisse aufgelösten Betriebsrats bejaht. Der Schlichtungsausschuß München I hatte auf Grund folgenden Tatbestandes die Auflösung verfügt: Der Sohn eines Betriebsratsmitgliedes wurde der Firma vom Arbeitsamt zugewiesen. Er wurde nicht eingestellt mit der Begründung, er sei zu jung. Der Vorsitzende des Betriebsrats teilte nun dem Arbeitsamt mit, daß für die Firma keine Arbeitskräfte mehr vermittelt werden dürfen. Diese Handlungswelle führte zu dem Auflösungsbeschlusse des Schlichtungsausschusses. Bei der Neuwahl wurden die früheren Betriebsratsmitglieder wiedergewählt. Die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums stützt sich auf das Fehlen einer Bestimmung im Betriebsratsgesetz, die die Wiederwahl eines aufgelösten Betriebsrats verbietet.

Kündigung von Betriebsvertretungsmitgliedern

In Beantwortung einer an das Reichsarbeitsministerium gerichteten Anfrage wegen seiner Stellungnahme in der Frage der Anwendung der Schutzbestimmung des § 96 des Betriebsratsgesetzes im Falle des Beschlusses oder der Verurteilung eines Unternehmens ging folgender Bescheid des Reichsarbeitsministers ein: „Ich teile die Auffassung, daß ein Betriebswechsel ohne jeden Einfluß auf das Bestehen und die Tätigkeit der Betriebsvertretung ist, da der Betrieb als solcher fortbesteht und nur der Arbeitgeber wechselt, während es im Falle einer Verurteilung darauf ankommt, ob der Betrieb auch künftig ein selbständiger Betrieb bleibt oder nach § 9 des Betriebsratsgesetzes nicht mehr als besonderer Betrieb zu gelten hat. Weder der Betriebswechsel noch die Verurteilung kann als Betriebsstilllegung angesehen werden.“

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. (Maschinenmeister.) Die Oktoberversammlung beschäftigte sich mit den Anträgen der Prinzipalität zur Neugestaltung des Tarifs. Vorsitzender Lebe-

beurteilte die Anträge kritisch und erklärte, daß dieselben unmöglich Annahme finden können, denn wir erwarten eine wesentliche Besserung und keine Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen. Die im Punkt 3 geforderte volle Ausbarmachung betriebstechnischer Einrichtungen kann in den Maschinenfabriken nur durch Einführung des Einmaschinen-systems verwirklicht werden, wodurch auch gleichzeitig die bedeutende Lücke der arbeitslosen Kollegen vermindert würde. In der letzten Septemberwoche betrug die Zahl der beschäftigungslosen Druckerkollegen 362 und ist noch ständig im Steigen begriffen. Der in Nr. 114 des „Korr.“ erschienene Artikel des Kollegen P. W. wurde gerügt und dem Verfasser empfohlen, mit seiner Person aus dem Dunkel hervorzutreten und die angeblichen Mängel zur Kenntnis der Funktionäre zu bringen. Die Versammlung gestaltete sich durch den Vortrag des stellvertretenden Direktors des Technikums für Buchdrucker, Herrn Rudolf Engelhardt (Leipzig), über: „Oswaldische Farbentechnik und ihr Einfluß auf die Farbtechnik im Druckgewerbe“, besonders lehrreich und interessant. Eine umfangreiche Ausstellung machte die Ausführungen des Vortragenden leichtverständlich.

R.-z. Bonn. Von schönstem Herbstwetter begünstigt, fand am 17. Oktober unsere vierte diesjährige Bezirksversammlung seit laugen wieber einmal in Alhrweiler im herrlichen Alhrwald statt. Eine grobe Schar von Kollegen aus fast allen Orten des Bezirks, zum Teil mit ihren Damen, hatte sich eingekunden, die Bezirksvorsitzer Baldus namens des Vorstandes und der Kollege Achter (Alhrweiler) namens des Ortsvereins Alhrweiler aufs herzlichste begrüßte. In seinem Geschäftsbericht kam der Vorsitzende auch auf die mit dem 1. Oktober in Kraft getretene Lehrlingsorganisation zu sprechen, die trotz des Widerstreits aus Prinzipalstreifen von uns aufs eifrigste gefördert werden mußte. Eine Ortsgruppe Bonn sei am 10. Oktober in würdiger Weise gegründet worden und umfasse bereits 90 Proz. der Gesamtzahl der Lehrlinge in Bonn. Redner empfahl den übrigen Ortsvereinen, in gleicher Weise tätig zu sein, damit hinsichtlich aller Lehrlinge der jungen Organisation, die in der Reichsverfassung (Artikel 124 und 159) ihre Begründung habe, durchgeführt werden. Sodann hielt Kollege Baldus ein einleitendes Referat über: „Die tarifliche und gewerbliche Lage“, das Hauptinteresse dem bevorstehenden Neuaufbau des Tarifs zuwendend, wobei er die Wünsche und Meinungen in beiden Lagern an Hand der sieben vorliegenden Anträge zu den Tarifberatungen eingehend besprach. Die ausgedehnte Aussprache, zu der sämtliche Orte Redner vorrückten, brachte die große Zustimmung und Ungutachtenheit, namentlich der Provinzialkollegen, über die ganz und gar unzureichende Löhne gegenüber den neuerdings wieder stark angezogenen Preisen besonders wichtiger Lebensmittel, Steuerabzug usw. zum Ausdruck. Die Versammlung erklärte, nur einen Tarif zu unterstützen, der endlich einen vollen Ausgleich zwischen Lohn und Leistungsergebnissen schaffe, der auch den Nachwuchs einen Leben ermöglichende, das lebenswert sei. Das Gewerbe könne und müsse dies fragen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, diese Stimmung der Versammlung dem Gehilfenvertreter mitzuteilen. In seinem Schlusswort betonte Kollege Baldus, daß namentlich in Anbetracht der ersten Situation Einigkeit und Geschlossenheit erste Vorbedingung für den Erfolg seien; er wandte sich hierbei besonders an die Kollegen von der Opposition, soweit ihre Kritik weniger sachlichen als persönlichen Motiven entspreche. Es müsse endlich einmal aufhören, daß die im Interesse der Kollegen ihre ganze Kraft in den freien Stunden nach des Tages Eatz und Sorgen hergebenden Funktionäre das Objekt hinführen, an dem einzelne ihren Anmut und ihre Ungutachtenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen ausfallen könnten; das alte Vertrauen zu den Führern müsse unbedingt zurückgewonnen, sollen nicht die Grundmauern der Organisation erschüttert werden. Diese Ausführungen unterstrichen noch besonders die beiden alten und treuen Verbandskämpfer Niesel (Alhrweiler) und Arenz (Euskirchen), und der Beifall der Versammlung bewies deutlich genug, daß der weit überwiegende Teil der Kollegen mit den Rednern konform geht. Der gedruckt vorliegende Kassenbericht wurde nach Aufklärung einiger Monita aufgegeben. Ein Antrag, den im Weltkrieg gefallenen Kollegen des Bezirks eine Ehrenfahne auf Kosten der Bezirkskasse zu errichten und diese am Vorort im Versammlungslokal aufzuhängen, wurde abgelehnt; dagegen wurde diese Ehrenpflicht jedem einzelnen Ortsvereine nahegelegt mit dem Hinweis darauf, daß da, wo der Ortsverein die Kosten nicht allein tragen könne, die Bezirkskasse auf Antrag einen Zuschuß leisten soll. Der in sehr bedrängten Verhältnissen lebenden Frau eines kranken Kollegen wurden 100 Mk. Extrantersicherung bewilligt. Die Festschöpfung der Remuneration für den Bezirksvorstand auf der Grundlage eines Beschlusses der Bezirksvorsitzerkonferenz wurde einer Kommission, zu der sämtliche Ortsvereine Vertreter entsenden und die sich am Vorort selbständig ergänzen kann, übertragen. Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde, einem Antrage Godesberg entsprechend, Bonn gewählt. Den anwesenden arbeitslosen Kollegen wurden je 20 Mk. Extrantersicherung bewilligt; außerdem allen Versammlungsteilnehmern die vollen Fahrkosten zurückvergütet. Kollege Baldus bemerkte noch, daß der Ortsverein Bonn den durchreisenden Kollegen Nachslogis nicht Größtlich und Abendbrot fortan kostenlos gewährt. Mit dem Wunsch auf einen recht günstigen Ausgang der Tarifverhandlungen und dem dringenden Appell an die Kollegenchaft, besonders in den kommenden Monaten Einigkeit und Disziplin zu wahren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband. — Auf Einladung der Alhrweiler Kollegen fand nun noch für einige Stunden ein eckh buch-

druckerisch-gemüthliches Zusammensein im „Minserrerein“ Walsporghelm statt, wo ein guter „Hr. Tropen“ zu erlöschmiglichem Preise kredenzt wurde. Alles in allem: Ein erhebender Tag!

Düsseldorf (Maschinenmeisterverein.) — Bierfeld jahresbericht.) Das verlassene Vierteljahr war für den Verein ein arbeitsreiches. Der Veranlassungsbesuch war ein betriebliebender. In der Zulieferungsveranstaltung gab Kollege Lindner den Bericht vom Spartenkongress in Nürnberg. Er gab uns ein klares Bild über die Tätigkeit der Spartenkongressen während der letzten fünf Jahre und gab noch die Beschlüsse und Richtlinien bekannt, nach denen die einzelnen Sparten zu arbeiten haben. Im großen und ganzen erklärte man sich mit dem Ergebnisse des Spartenkongresses einverstanden. — In der Augustversammlung kam der Berliner Vorkurs zur Sprache, wo in einer Druckerlei beim Gießen von Rundplatten für Kopiermaschinen der Bundkongress eintrat und dadurch zwei Klassen zu einer vereinigt wurden, um so einen Maschinenmeister zu sparen. Der Fall fand allgemeines Interesse. — Einen sehr interessanten Vortrag brachte uns die Septemberversammlung. Kollege Kalenberg, Konstrukteur der Firma Winkler-Galler, Maschinenfabrik (Aern), referierte über die Winklerische Frontbogenstempelmaschine sowie das neue Winklerische Stereoverfahren. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall, und die anschließende Diskussion war recht lebhaft. Es wurde der Beschluß gefaßt, die Presse sowie die Stereotypenherstellung im Betriebe zu beschließen, was uns die Firma Vogel (Düsseldorf) in dankenswerter Weise gestattete. Zahlreiche Anfragen beschäftigten die Versammlungen reichlich und es wurden den Kollegen gute Ratschläge gegeben. Möge sich das Interesse zur Sparte noch weiter haben, damit wir durch unsere Fortbildungsarbeit in der Sparte unsere Kollegen dahin bringen, im Kampf ums Dasein ihren Mann stellen zu können. Infolge einer Strom- und Gas-sperre war ein großer Teil der Mitglieder zum Feiern gezwungen. Es gelang uns, für dies aus der Ortsvereinskasse eine Sonderunterstützung von 5 Mk. pro Tag zu erwirken. In dankenswerter Weise sandte uns die Firma Ruth (Wandsbeck-Hamburg) eine Broschüre über Druckhilfsmittel nebst einigen Proben.

Hd. Slogau. Im September war die Lehrlingsabteilung im Bezirke bereits vollständig organisiert und leitete, wenn auch verfrüht, ihre Besträge. Der 9. Oktober brachte für die Vorort Slogau die offizielle Gründungsfeierversammlung, zu welcher die Eltern bzw. Vormünder der Lehrlinge geladen und fast vollständig erschienen waren. Der Gelangere „Gutenberg“ leitete den Abend durch zwei dem Zweck entsprechende Vorträge ein. Nach einer Begrüßung der Eltern erörterte Kollege Hauschild den Zweck und die Ziele der Lehrlingsabteilung; die Ausführungen fanden den Beifall der Anwesenden und führten zu einer angenehmen Debatte, in deren Verlauf sich Faktor Rehmann, von der Spartenkongress kammer als Prüfungssprecher befehlt, bereit erklärte, zweienprechende Vorträge zu halten und als Mitglied der Fortbildungsschuldeputation die Errichtung einer Fachklasse beim Magistral zu befürworten. Kollege Otto, Vorsitzender der Typographischen Vereinigung, übernahm namentlich die Leitung der Lehrlingsabteilung und stellte schon für die nächste Zeit einen Besuch des städtischen Museums in Aussicht; erbat sich aber auch von den Eltern, daß sie ihre Pflegebefohlenen zu jeder von uns veranstalteten Versammlung gehen lassen; denn ohne dauernden Besuch der Vorträge usw. könne das gesteckte Ziel nicht erreicht werden.

Mannheim. In der liberous am besuchten Versammlung am 16. Oktober gelangten drei Kollegen zur Aufnahme. Einem verstorbenen Kollegen wurde ein Nachruf genehmigt. Ablehnung erfuhr eine Resolution des Kollegen Recheiser, welche sich dagegen wandte, daß das Gewerkschaftskartell einen Aufbruch zu einer Professionsversammlung gegen die Vergewaltigung Oberlehrlichen gemeinsam mit den Bürgerlichen unterzeichnete, hingegen wurden die Kartelldelegationen beauftragt, in schärfster Form dagegen zu protestieren und zu dokumentieren, daß derartige Kartelle zu unterbleiben hat. Eine Anfrage des Kollegen Kieum, ob es nicht den statutarischen Bestimmungen der Organisation zuwiderläuft, wenn die Opposition für ihre Zwecke Gelder auf Sammelkassen erhebt, wurde vom Vorsitzenden dahin beantwortet, daß das nicht zulässig sei, da es darauf hinausgehe, Zersplitterung in unsere Reihen zu tragen, wo Einigkeit mehr denn je notwendig sei. Der Widerstreit der Meinungen über diesen Punkt kam auf beiden Seiten in einer lebhaft geführten Diskussion zum Ausdruck, worauf Savortischer Konrad auf die Stellungnahme der Savortischerkonferenz gegenüber den Bestrebungen der Opposition hinwies, letztere ermahnd, keine Verwirrung in die Reihen der Kollegen zu bringen, ihre besondere Zusammenkünfte aufzugeben und ihre Ansichten da zu betätigen, wo der richtige Platz ist, in unseren Versammlungen. Kollege Wolf erstattete hierauf den Jahresbericht der Bibliothek, aus dem zu ersehen war, daß sowohl die Zahl der Leser als auch die der entlehnten Bände gestiegen ist. Beim Punkte 3: „Besprechung der Anfrage zur Tarifausgleichung“, schloß eine lebhaft, ziemlich erregte Debatte an, die nachfolgende Resolution zitierte: „Die am 16. Oktober im „Prinz Max“ tagende, sehr gut besuchte Bezirksversammlung erklärt sich mit dem zum Tarifneuaufbau gestellten Anträgen einverstanden und erwartet von den Gehilfenvertretern ein unbedingtes Festhalten an sämtlichen gestellten Anträgen. Die immer mehr um sich greifende Verleumdung der Gehilfenchaft erfordert gebieterisch eine moralische, den Verhältnissen wirklich angepaßte Sicherungszusage. Kein Tarifabschluß ohne Zustimmung zu dieser Forderung. Die Versammlung spricht ihren Gehilfenver-

tretern das volle Vertrauen aus, daß sie die zur notwendigen Lebenshaltung der Gehilfenschaft gestellten Mindestforderungen mit aller Energie vertreten und steht bei dem bevorstehenden schweren Kampfe geschlossen hinter ihren Führern.“ Wegen vorgerückter Zeit mußte der Karleberg-bericht wiederum ausfallen, worauf, nachdem der Vorsitzende der „Typographia“ noch auf deren Stiftungsfest hinwies. — Am 19. Oktober fand eine Versammlung der Lehrlinge nebst deren Eltern statt, denen der Vorsitzende in eingehender Weise den Zweck und die Bedeutung der Lehrlingsorganisation vor Augen führte. Nachdem noch Kollege Eichhorn einige beherzigenswerte Worte an die Lehrlinge gerichtet, wurde zur Wahl eines Lehrlingsauschusses geschritten, der aus fünf Lehrlingen besteht.

Stettin. Am 14. Oktober tagte eine Versammlung farbiger Gehilfen, die vom Stellvertretenden Gauvorsitzer Reinke eröffnet wurde mit dem Bemerkung, daß diese sich nötig gemacht habe, um für unsere schwebenden Gehilfenvertreter, Kollegen Hannack, eine Neuwahl vorzunehmen, da kein Stellvertreter vorhanden. Für die Zeit bis 1. Januar 1921 wurden jedoch als Gehilfenvertreter Kollege Reinke und als Stellvertreter Kollege Zühl gewählt. — Im Anschluß hieran fand eine außerordentliche Ortsvereinsversammlung statt, die eine reichhaltige Tagesordnung aufzuweisen hatte. Alle Punkte wurden nach teils recht erregten Debatten erledigt. Auf eine 50jährige Mitgliedschaft im Verbandsverband kam am 8. Oktober der Kollege Splittgerber („unser aller Herr“) juristisch. In diesem Tag ist ihm seitens des Ortsvereins ein Glückwunschschreiben zugegangen. In allen Veranlassungen des Ortsvereins ist in letzter Zeit ein regeres Interesse wahrzunehmen; es ist ein Zeichen, daß wir vor schweren Tagen stehen und die Kollegenschaft gewillt ist, reiflos ihren Mann zu stehen.

Mesbaden. (Maschinenmeister. — Vierjahresbericht.) Durch die letzten drei Versammlungen zog wie ein roter Faden der Expressionismus. Von der Darmstädter Expressionistischen Ausstellung gab der Vorsitzende einen „erschütternden“ Bericht. Bei der Besprechung der Johannistagsdruckfächer fanden die neuesten Ausdrucksformen ebenfalls keine Gegenliebe. Eine expressionistische Plakatausstellung (Linoleumdrucke) zeigte, daß einfarbige expressionistische Druckfächer gleich gar nicht befriedigen.

Diese Richtung verlangt Farben. Im übrigen blieben wir auf natürlichen Farben und behandelten die Verbringungsordnung, Rollenwalze, Schmitz usw. Der Firma Schramm (Offenbach) sei für die Farbenmischerfassung gedankt. Der Verbringungsbesuch wird immer besser, ein Zeichen, daß die Kollegen ihren Beruf — wenn er auch wenig einbringt — doch noch liebhaben.

Sittau. Am 26. September hatte der Vorstand des Ortsvereins die hier beschickten Lehrlinge zusammengerufen, um Stellung zur Gründung einer Lehrlingsabteilung zu nehmen. Der Vorsitzende des Ortsvereins, Kollege Nieder, führte den zahlreichen erschienenen Lehrlingen die Zwecke und Ziele einer Lehrlingsorganisation im allgemeinen vor Augen und erläuterte dann die Bedeutung des zu gründenden Lehrlingsvereins für unser Gewerbe, dabei betonend, daß der oberste Grundlag sei, die Lehrlinge zu tüchtigen Buchdruckern und zu tüchtigen Menschen zu erziehen. Die Worte sind auf fruchtbaren Boden gefallen, denn sämtliche 21 hier beschickte Lehrlinge sind dem Lehrlingsvereine beigetreten. Im Besonderen sind die Gründungsarbeiten für die Lehrlingsorganisation noch im Gange, verprochen aber auch befriedigenden Erfolg. Neugersdorf mit Ebersbach und Seibennersdorf hat die Lehrlinge zusammengeführt und der bestehenden Graphischen Vereinigung angeschlossen.

Geförden

In Borna der Buchdruckereibesitzer Kommissionsrat Max Abderleide, 84 Jahre alt.
 In Dresden am 10. Juli der Druckereibesitzer Hermann Büfner aus Röhrensdorf, 69 Jahre alt — Gehilfenrat am 25. Juli der Druckereibesitzer Gustav Gutmann aus Dresden, 78 Jahre alt — Lungenentzündung; am 7. August der Seher Franz Krabel aus Ebersbach, 64 Jahre alt — chronisches Herzleiden; am 9. August der Drucker Albert Reiche aus Dresden, 27 Jahre alt — Lungen-tuberkulose; am 12. August der Gehilfenrat Adolf Bergmann aus Neudöbel, 74 Jahre alt — Nierenleiden; am 16. August der Seherinvalide Edgar Langsdorf aus Leipzig, 62 Jahre alt — Herzleiden; am 18. August der Seher Wilhelm Richter aus Dresden, 21 Jahre alt — erkrankt beim Baden; am 21. August der Seher Karl Gabel aus Antonienhülse, 55 Jahre alt — Herzleiden; am 4. September der Seher Gustav Wegener aus Regal (Kreis Geroldau), 57 Jahre alt — Gehirnanomalie; am 27. September der Seher W. v. Damm aus Dresden, 49 Jahre alt — Herz- und Nierenleiden.
 In Frankfurt a. M. am 7. November der Seher Karl Becker von dort, 43 Jahre alt — Herzschlag.
 In Glogau am 24. Oktober der Seher Emil Schulz, 43 Jahre alt.

In Aßla am 26. September der Seher Joseph Kraft von dort, 51 Jahre alt; am 21. Oktober der Drucker Ludwig Bönigkei von dort.
 In Nürnberg am 8. November der Schweizerdegen Alfred Sussann von dort, 27 Jahre alt — Gehirnlähmung.
 In Paffan am 11. Oktober der Seher Joseph Kasberger, 30 Jahre alt — Anginalleiden.
 In Pfaffen am 27. Oktober der Seher Franz Kahrner aus Sagen, 21 Jahre alt.
 In Quedlinburg am 24. Oktober der Seherinvalide Richard Kühn e. aus Halberstadt, 39 Jahre alt.
 In Rixdorf am 25. Oktober der Maschinenseher Bernhard Groh, 20 Jahre alt.

Briefkasten

A. J. in W. und A. W. Schm. in B.: Wird aufgenommen. — W. B. in A.: Die Adresse ist doch der betreffenden Mith in Nr. 121 zu entnehmen. — B. in W.: Die Veröffentlichung Ihrer Einsetzung dürfte sich wohl durch den Artikel in voriger Nummer erledigen; die Abrechnung dürfte sich erledigen. — C. M. in Karlsruhe: Grüße werden von den Genannten hellens erwidert. — W. S. in Münster: Mit Interesse aufgenommen. — W. Z. in B.: Es wird jetzt allgemein in wie geschidert entschieden. Uns ist bisher kein gegenseitiger Kontakt eines Schlußauschusses bekannt geworden. Wohl aber Fälle, in denen Betriebsräte sich für Neuausgewählte mit Erfolg e. setzten. Frdl. Gruß.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II.
 Fernprediger: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderungen

Bitzerfeld: Vorsitzender: Reinhard Porst, Molkenstraße 4 part.; Kassierer: Friedrich Puhlmann, Innere Bismarckstr. 50.
 Mannheim. (Bezirk.) Vorsitzender: Julius Uhlig, H 7, 20 am Ring.
 Mülheim (Ruhr), Maschinenmeisterverein: Vorsitzender: Heinrich Buschhausen, Oberhausen (Rhd.), Weststraße 126.

Versammlungskalender

Dresden. Korrespondenzversammlung Sonntag, den 21. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Seneseder“, Kaufbachstraße 16.
 Glogau. Bezirksversammlung Sonntag, den 21. November (Totenkoltag), mittags 12 Uhr, im Galtzhaus „Zur Eichenbahn“ in Neujals a. d. Oder, Fregelsdörfer Straße.
 Nordhausen. Versammlung morgen Sonntag, den 14. November, vormittags 10 Uhr, im „Eichlberg“, in Nordhausen.
 Opladen. Versammlung Sonntag, den 21. November, vormittags 9 Uhr, im „Opladener Bierhall“, Kölner Straße 95. (Merzu eine Bellage.)

Geschäftsführer

für kleinere Arbeiterdruckerei sofort gesucht.
 Kollegen, die den Anforderungen entsprechen, wollen ausführliche Bewerbungen unter „Geschäftsführer 470“ an die Geschäftsstelle d. Bl. richten, Wohnung vorhanden.

Maschinenband

für Arbeiter der B-Maschine möglichst sofort in Dauerstellung gesucht. Wegen Wohnungsschwierigkeiten Beding bevorzugt. Nur erste Kräfte wollen sich melden. [467]
 „Volksstimme“, Saarbrücken.

Typographischer

für Model U. B., maschinenkundig, zum sofortigen Eintritt gesucht. [477]
 C. Giden, Buch- und Kunstdrucker, Opladen (Rheinland).

erster Seher

in kleinerer Druckerei (möglichst Sachsen). Offerten erb. Sie unter R., Eisenberg, Markt 2 I. [490]

Typographischer!

Model A und B, tüchtig im Situations- und Zeichnungs-, mit großem Handgeschick bestens vertraut, in mathem. Sach eingearbeitet, sucht in Deutschland Stellung. Memelland bevorzugt. Off. u. Erdal 486 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Bitauer!



Teilzahlung

Photo-Apparate aller Art
 Photogr. Artikel
 Kataloge unsonst u. portofrei.
 Jenass & Co., Berlin P. 407
 Bollo-Allanoo-Str. 7-10.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Buchstifte durchschnitten. Buchstiftgewerkschaft „Armen.“

Linoleum

und Hohlstichel zur Bearbeitung liefert preiswert
 Verlag d. B.-V. d. D. B. / GmbH
 Leipzig / Salomonstraße 8 III
 Postfachkonto 53430.

Typographischer!

Gummischläuche zur Wasserfällung. Franz Müllig, Stuttgart-Gaisburg.

Empfehle meinen Rauchtabak

so möglich in drei Sorten: Marke „Sonnentag“ 23 Mk., „Jade“ 25 Mk. und „Marsch“ 27,50 Mk. pro Pfd., ab 5 Pfd. Franko.
 Nachnahme; desgleichen zu 32, 35, 40 und 45 Mk. pro 100 Stk., — Hamburger Stempeln 50 Mk. p. 100 Stk.

Labakverwand Donius

München, Schwandlauer Straße 63.

Segregale und Kästen

in bester Ausführung liefert sofort ab Lager
 Bezner & Wolf, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Wichtig! Großes Aufstreifen der Ringlampfkomiter

Orig. amikan., unterhalt. Weihnachtsgeschenk für Kinder. 2 doppelt., dauerhafte, 18 cm große Künstelefiguren, wunderbar beweglich durch leichtes Ziehen, unromisch. Mit Po 10 5 Mk. gegen Voreinsendung des Betrags. Sofort best. Paul Mueggold, Dresden-Zohewitz.

Ox Beine

Besteigt schnell u. bequem Orthopäde hochinteressante reichhaltige Prospekte umsonst
 Orthopäde-Verlag
 Friedrichstraße (Z.) 219

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Anzeigen wollen Interessenten

den Postortparagen wegen des Betragsgleiches mit beifügen; bei Beträgen unter einem Mark Preisparagen, kein Staatspostgeld. Geschäftsstelle des „Korr.“

Schiffs- u. Verbandsnadeln

Graphische Werkzeuge
 Werkzeugenkassen reichhaltig sortiert, für Maschinenführer u. Seher empf. in best. Qual. Kollege Max Volz, Leipzig-Güterhof, Papiermühlstr. 5 II. Preisliste gratis. [463]

Am 7. November verstarb in Folge eines Schlaganfalls

der Seher Karl Becker [476]

aus Frankfurt a. M., im Alter von 43 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihn
 Bezirksverein Frankfurt a. M.

Am 3. November, vormittags 10 1/2 Uhr, verstarb im Kranken-

haus nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Seher Hermann Windmüller [483]

aus Potsdam, im Alter von 38 Jahren.
 Sein ehrl. aufrichtiger Charakter sichert ihm in unsern Reihen ein gutes Gedenken.
 Ortsverein Torgau.

Am 8. November verschied nach langem Leiden an der

Schwindsucht unser lieber Kollege, der Schweizerdegen Alfred Sussann [481]

aus Nürnberg, im Alter von 27 Jahren.
 Sein Andenken wird stets in Ehren halten
 Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Am 6. November verschied plötzlich infolge Herzleidens unser lieber

Kollege, der Seher Karl Binf [491]

im 61. Lebensjahr.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt
 Bezirksverein Mannheim.

Die Eingangslisten an den „Korr.“

pendent für Deutschlands Buchdrucker auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61323

„Wenn Sie keine fremde Sprache beherrschen, kann ich Ihnen, so leid es mir tut, den neuen besserbezahlten Posten nicht übertragen. Der soll mit einem sprachkundigen Gehilfen besetzt werden, denn wir müssen jetzt unbedingt daran denken, unsern Verkauf auf den Export einzustellen.“
 Wollen Sie warten, bis Ihnen Ihr Chef diese oder ähnliche Worte sagt oder bis Sie in anderer Weise merken, daß Ihnen Ihr Aufstieg in besserbezahlte Stellungen erschwert ist, weil Ihnen Sprachkenntnisse fehlen? Der kluge Mann baut vor! Lernen Sie rechtzeitig fremde Sprachen! Verlangen Sie unsere Einführung V 39 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache. Wir senden Ihnen diese kostenlos, wenn Sie uns heute noch eine Postkarte schreiben. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29/30 (Wegr. 1856). Verlag der Sprachunterrichtswerke nach der weltberühmten Methode

Souffiant-Langenscheidt

Raucher die mit dieser teuren Leidenschaft behaftet sind, werden durch unser bewährtes „Blitz“ bereit. Packung zur dreiwöchigen Kur 5 Mk., Nachnahme 45 Pf. (unfalschlich.) Wirkung garantiert. 1600 Dankbriefchen. Gebrauchsanw. liegt bei. [489]
 Deusch & Co., Neuhölln, Postfach 149.

Gründlicher, starker und zuverlässiger Drucker (gelehrter Schweizerdegen), guter Maschinenkennner, der mit Geschäftsunterstützung und Liebe zum Beruf arbeitet, als I. Gehilfe für kleinere, auswärtige Betriebe gesucht. Lohn über Tarif. Auswärtige Angebote mit Zeugnisabschriften erwünscht an Hugo Meyer, Walle, Hausen 1. Thür.

Geübter Zurichler für Dauerstellung gesucht. [479]
 Ludwig & Mayer, Schriftgießerei, Frankfurt a. M.

Tüchtiger, gewissenhafter Zeuggraver von Frankfurter Schriftgießerei gesucht. Der Gesuchte soll in erster Linie die Vorkommnisse im Schriftgießereibetrieb, die in erster Linie auf diesem Gebiet erwünscht, aber nicht unbedingt, Angebots unter Nr. 478 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Schriftgießer für Komplettschneide Ensem. „Raucher“ zum sofortigen Eintritt gesucht, desgleichen ein Schriftgießer, welcher sich für Exp. -Arbeiten und Korrekturen eignet. [485]
 Schriftgießerei Brüder Butter, Dresden-2, 23.

Welcher junge Maschinenmeister will nach Freiburg im Breisgau in leistungsfähiger Druckerei sich verändern, der faulche Stellung mit Kollegen G. Schlegel, Freiburg i. Br., Annaplatz 9 II. [482]

Verleger: Joseph Seitz in Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Willi Krahl in Leipzig, Salomonstraße 8 (Telephon 14111). — Druck: Kadell & Kille in Leipzig.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuzahlen.

Beilage zu Nr. 130. — Leipzig, den 13. November 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nothilfe für unfre Arbeitslosen

1. Das Produktionsproblem und der sozialistische Wirtschaftsplan

Soweit die Frage, wie helfen wir unsern Arbeitslosen (vgl. „Korr.“ Nr. 127), ein Produktionsproblem ist, das heißt die Schaffung von Arbeitsstellen betrifft, müssen wir uns darüber klar sein, daß nicht einmal die „Diktatur des (Kopfs und Sands) Proletariats“ gerade für Buchdrucker unbefchränkte Facharbeit gewähren könnte. Es ist nicht ohne weiteres sicher, ob die graphische Produktion (wogu z. B. ja doch auch die ausgesprochenen Schundbücher, ferner die ausgesprochenen Luxusausgaben, ferner die in weitem Maße unrationelle Zeitungsberstellung gehören) bei einem Bedarfswirtschaftsplan in dem gegenwärtigen Umfang aufrechterhalten werden kann und darf: Die Arbeitskräfte, auch manche Maschinen, vor allem aber das Rohmaterial (Kohlen, Blei z. B.) sind, arm wie wir als Gesamtvolk geworden sind, zum Teil erforderlich, um die unbedingt zu betriebligenden Existenzbedürfnisse zu befriedigen.

Und wenn uns auch, froh glänzender Vorarbeiten von Männern, wie vor allem einerseits Götzopfer-Pöppersohns, andererseits Neurath, sehr ein solcher Wirtschaftsplan noch fehlt, so sollten wir uns doch bei dessen daran gewöhnen, und zwar wir alle, nicht nur die Betriebsräte und Gewerkschaftsführer, die deutsche Volkswirtschaft als Ganzes anzusehen, die bestimmt ist, alle, jeden einzelnen, zu erhalten, nicht nur auf Kosten der Kapitalisten, sondern (daran wird zu wenig gedacht) auch, da es nötig ist, auf Kosten der bisherigen Lebenshaltung weiter Arbeitergruppen.

2. Die sozialistisch-kommunistische Verteilung

Es ist nicht die Aufgabe der gewerkschaftlich organisierten (Sands- und Kopfs-) Arbeiterkassen, aus berufsgesellschaftlichen Gründen die werdende Planwirtschaft zu „verbildern“ und die bisherige individualistische, die kapitalistische Produktionsmethode mit ihren planlosen Einzelverleihen zu fördern, wie der Kollege Markert in Nr. 127 des „Korr.“ in seinem Artikel „Zur Arbeitsbeschaffung“ es will. Es ist für uns, die wir die sozialistisch-kommunistische Ordnung erstreben, nicht „angängig“, von „oben herab“, vom Qualitätsarbeiter, mit der Zuweisung des vorhandenen zu beginnen, entsprechend dem Ansprechen, die er glaubt machen zu dürfen, in laufender Qualitätsabfertigung nach unten hin, bis — für die letzten dann überhaupt nichts übrigbleibt als etwa nur der billige Singspiel der Zukunftsstaat. (Als ausgeprägtes Beispiel für Qualitätsansprüche, denen eine andre Auffassung noch nicht einmal diskutabel ist, kann der Artikel „Qualitätskassen“ in Nr. 120 des „Korr.“ gelten.)

Wir haben im Felde gelernt, wie (in der Not mußten sogar die Offiziere mitnehmen) kameradschaftlich verteilt wird. Und daß in der Familie die Mutter verliert, nicht nach den „Qualitäten“ der Angehörigen, sondern nach dem Bedarfe, wußten wir auch schon vor dem Kriege.

In untrer Volkswirtschaft haben wir als Volk es jetzt ebenso zu machen. Soweit das Arbeitslosenproblem ein Verteilungsproblem ist, insofern das Einkommen der Arbeitslosen nicht genügt, kann jeder einzelne helfen, daß Ordnung wird. Ist erst einmal jeder wenigstens mit dem Nötigsten provisorisch versorgt (was jetzt nicht der Fall ist), dann können die endgültige Regelung sowie die zentrale Aufgabe der Umstellung unserer Wirtschaft nach dem Bedarfe (mit dem Ziele der planmäßigen Hebung der Produktion) in Ruhe und ohne Überhastung gelöst werden. Jetzt wird an beiden Punkten angefaßt, und es bricht uns alles unter den Händen zusammen.

3. Der Anfang

Abzusehen auf den „Staat“, auf die Unternehmer, auf den Verband bedeutet, die Verantwortung zu verschieben suchen. Hilfe, sofortige Hilfe kann nur bringen, wenn jeder einzelne Kollege von seinem Einkommen in jeder Woche einen Teil für unfre Arbeitslosen (unfre Kranken, Innwidnen gehören dazu) abführt, nicht auf Grund von Verammlungs-Mehrheitsbeschlüssen, sondern jeder freiwillig, soviel er kann und will. Würde jeder (ich denke vor allem an unfre alleinlebenden Kollegen) bei jeder noch so kleinen Privatausgabe daran denken, daß jede einzelne Mark ihren Teil beiträgt, unsern arbeitslosen Berufskollegen ihre Existenz zu ermöglichen, so würde gar manche Ausgabe unterbleiben und das ersparte Geld dem Kaiser gegeben werden. (Ich nehme an, daß die Ortskassen Einkassieren und Verteilen, die ordnungsgemäße Verwaltung, übernehmen.) Etwasger Lohn oder Gehalt zum 9. November könnte in manchen Fällen den Grundstock bilden.

Es könnte, darüber hinaus, der Versuch gemacht werden, auch die Prinzipale zur freiwilligen Mithilfe zu veranlassen. Wird etwa in einem Betriebe die gesamte Lohnsumme, die den tariflichen Mindestlohn übersteigt, von den Kollegen für die Nothilfe bestimmt, so ließe sich denken, daß ein für allemal diese Summe von der Geschäftsführung abgeführt wird (bargelblos, unter Mitwirkung des Betriebsrats), und daß zu jeder Mark, die von der Arbeiter-

schaft aufgebracht wird, vom Geschäft eine bestimmte Summe hinzugefügt wird für denselben Zweck. Es ergäbe sich so eine grundsätzliche neue Art von „Nachahmensewerten Beispielen“, sowohl für die Gehilfen wie für die Prinzipale. Die Prinzipale wissen wie wir, daß das Arbeitslosenproblem gelöst werden muß, bevor es zu spät ist.

Die neue Ordnung fällt uns nicht wie eine reife Frucht ohne unser Zutun in den Schoß. Nur wenn jeder einzelne entschlossen ist zu helfen, daß es besser wird, jeder an seiner Stelle, nur dann erreichen wir, was wir wollen. Nicht historische Gesetze führen den Sozialismus, den Kommunismus herauf, sondern der Wille, die Stimmung, die Tat der Menschen schaffen ihn, stellen ihn dar.

Leipzig. F. Roll.

Die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

im Jahre 1919

Bereits in der vorjährigen Statistik wurde auf die vom 10. Deutschen Gewerkschaftskongress beschlossene veränderte Bezeichnung der Gewerkschaftskarteile hingewiesen. Diese Veränderung bedeutet mehr als die bloße Umtaufe des Namens, sie bringt zum Ausdruck, daß die örtlichen Zusammenschlüsse der Zweigvereine der freien Gewerkschaften als feste organisatorische Bestandteile der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Gewerkschaftsorganisationen anzusehen sind. Die vom Kongress für die Ortsausschüsse geschaffenen Satzungen geben den lokalen Vereinigungen eine festere Grundlage zur Erfüllung ihrer Aufgaben und knüpfen engere Beziehungen zwischen ihnen und der Spitze des Gewerkschaftsbundes. Die früheren Karteile stellten isolierte Gebilde dar. Obgleich sie im allgemeinen als Einrichtungen der freien Gewerkschaften gelten, so umfaßten sie doch außer den Zweigvereinen der Zentralverbände, die der Generalkommission angeschlossen waren, noch andere Organisationsgruppen. Das traf besonders zu für die erste Zeit ihrer Entwicklung. In den neunziger Jahren waren in den Karteilen die durch ein Vertrauensmännerbündnis „Zentralvereine“ lokalen Gewerkschaften stark vertreten. In dem gleichen Maße wie die zentralistische Gewerkschaftsrichtung erstarbte, verloren jedoch die lokalistischen Vereinigungen an Bedeutung, bis schließlich die Zentralverbände allein maßgebend für die Zusammenfassung und Tätigkeit der Karteile wurden. Die Karteilestatistik für 1907 ist die letzte, die angeschlossene Lokalvereine, und zwar 12 mit 1337 Mitgliedern, verzeichnet. Bis in die neueste Zeit hingen waren den Karteilen dann noch sonstige auf zentraler Grundlage beruhende Gewerkschaften angeschlossen, die der durch die Generalkommission vertretenen Organisationsrichtung nahestanden und später zum Teil auch darin aufgingen. Die neugeschaffenen Satzungen schließen nunmehr die Zugehörigkeit von Gewerkschaften, die nicht dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, zu denselben Ortsausschüssen aus. Ganz reiflos ist diese Bestimmung jedoch, wie die vorliegende Statistik ausweist, noch nicht durchgeführt. Alle Beziehungen und verwandtes Streben wirken noch zu kräftig mit, um die Scheidung so plötzlich vollziehen zu können. Doch handelt es sich dabei nur noch um Übergangsstadien; denn diese, jetzt noch fremden Glieder, werden in Bände dem großen allgemeinen Gewerkschaftsbunde reiflos einverleibt sein.

Unter dem Einflusse des ungeheuren Zustroms zu den Gewerkschaften im Jahre 1919 setzte auf den örtlichen Organisationsgebieten ein stürmischer Prozeß der Neu- und Umbildungen ein, der eine neue Periode der Entwicklung der Gewerkschaften einleitete, die erst in den weiteren Jahren zu vergleichenden Ergebnissen führen wird.

Am Schlusse des Jahres 1919 betrug die Zahl der beim Vorhande des Gewerkschaftsbundes angemeldeten Ortsausschüsse 920. Von diesen liefen 727 an der Statistik befreit, denen insgesamt 10482 Gewerkschaften angeschlossen waren, die zusammen 5478027 Mitglieder, darunter 1138412 weibliche, hatten. Unter den angeschlossenen Gewerkschaften und Mitgliedern befanden sich 33 Gewerkschaften mit zusammen 15794 Mitgliedern, die nicht zu den im Gewerkschaftsbunde vereinigten Organisationen gehören. Es sind das die folgenden Gewerkschaften:

Arztinnen	angeschlossen in 2 Fällen mit 2487 Mitgliedern
Beamtenvereinigungen	„ „ „ 1324 „
Bühnenangehörige	„ „ „ 153 „
Techniker	„ „ „ 537 „
Telegraphenarbeiter	„ „ „ 81 „
Verkehrspersonal	„ „ „ 10270 „
Verkaufsmittel	„ „ „ 1123 „

Die Arztkassen sind seit 1920 dem Gewerkschaftsbund angeschlossen, die Vereinigungen der Techniker und Werkmeister gehören der IFA an.

Die von den Ortsausschüssen registrierte Zahl der örtlichen Gewerkschaften der einzelnen Berufsverbände deckt sich häufig nicht mit der Zahl der Zweigvereine, die die Zentralverbände haben. Der Begriff „Gewerkschaft“ ist nicht immer gleichbedeutend mit „Zweigverein“. Sofern der Bereich eines Ortsausschusses sich über mehr als

einen Ort erstreckt, können ihnen auch mehr als ein Zweigverein des gleichen Verbandes angeschlossen sein. Viele zählen jedoch im Sinne der Statistik der Ortsausschüsse zusammen als eine angeschlossene Gewerkschaft. Andererseits können auch Zweigvereine, die über den Bezirk eines Ortsausschusses hinausgehen, mit einzelnen Teilen mehr als einem Ortsauschub angegliedert sein.

Die Zahl der örtlichen Vereinigungen mit mehr als 25000 Mitgliedern betrug 1913: 14, 1918: 18 und 1919: 37. Es ist demnach bei dieser Größenklasse gegen 1913 eine Vermehrung der Zahl um 23 eingetreten. Recht unterschiedlich ist jedoch die Mitgliedervermehrung bei den einzelnen Orten. Über der prozentualen Durchschnittszunahme stehen 24 und darunter 13 Orte. Eine fast unglaublich erleidende Mitgliedernzunahme weist Saarbrücken auf. Es hatte 1913: 3778, 1919 dagegen 89454 Mitglieder. 1913 waren 27 Bergarbeiter als angeschlossene angegeben, 1919: 35000. Die Metallarbeiter wurden 1913 dagegen als nicht angeschlossen verzeichnet, jetzt werden sie mit 31091 Mitgliedern aufgeführt. Die Eisenbahner sind in dem Verzeichnisse mit 9035 Mitgliedern vertreten. Schon die Zahlen dieser drei Gewerkschaften zeigen, aus welchen Massen der ganz ungeheure Zuwachs an Gewerkschaftsmitgliedern in Saarbrücken hervorgegangen ist.

Außer Saarbrücken, dessen gewaltige Mitgliedervermehrung eine ausnahmsweise Erscheinung darstellt, bewegten sich die prozentualen Zunahmen zwischen 11,9 und 596,8. Die geringste Steigerung kommt auf Bremen. Dieser Ort zählte 1913: 3791 und 1919: 42493 Mitglieder. Bei dem Höchststake kommt Darmstadt in Betracht, das 1913: 3714 und 1919: 25880 Mitglieder hatte. Berlin besitzt die größte örtliche Mitgliedervereinigung. Sein Bestand betrug am Schlusse der Jahre 1919: 670849, 1918: 372847 und 1913: 302052 Mitglieder. Die prozentuale Vermehrung gegen 1913 beläuft sich also auf 123. Es folgt dann Hamburg mit 266679 (1913: 143338) Mitgliedern. Aber 100000 Mitglieder haben dann noch die Orte: Leipzig 159032 (1913: 76185), Dresden 154181 (95629), München 134818 (63594), Köln a. Rh. 127359 (31176), Frankfurt a. M. 127339 (43807), Chemnitz 105531 (42403) und Breslau 103709 (31732). Es konnte nicht nachgeprüft werden, worauf die erheblichen prozentualen Unterschiede in der Mitgliederzunahme bei den einzelnen Orten zurückzuführen sind. Auf einen Umstand kann jedoch hingewiesen werden. Es ist wohl die Zunahme, die durch die Orte mit einer besonders starken Zunahme aus einem größeren Reservoir von unorganisierten Massen zu schöpfen vermöchten, als die Orte mit einer geringeren Vermehrung, deren Organisationsverhältnisse schon 1913 günstiger waren. Saarbrücken liefert für diese Annahme ein Schulbeispiel.

Die Wirksamkeit der Ortsausschüsse wird wie die Tätigkeit der früheren Karteile im wesentlichen lokaler Natur sein. Aber dank der gewaltigen Ausdehnung, welche die örtlichen Vereinigungen erhalten, wird ihr Einfluß auf die Gestaltung der die Arbeiterkassen berührenden Fragen von entscheidender Bedeutung werden. Es harrn den Ortsausschüssen neue große Aufgaben, die gegenwärtig in ihrer vollen Ausdehnung kaum zu überblicken sind. Es sei hier nur auf die Durchführung des Betriebsrätegesetzes hingewiesen. Auch die Erwerbslosenfürsorge, im weitesten Sinne aufgefah: die Bekämpfung der Ursachen der Arbeitslosigkeit, die Mitwirkung bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung; die Wohnungsfürsorge und die angestrebte Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben, werden die Kräfte der Ortsausschüsse hervorragend in Anspruch nehmen.

Bedingt auch das neugeordnete System der örtlichen Vereinigungen an sich keine Änderungen der bisherigen Einrichtungen, so dürften sich doch solche aus den neuen Aufgaben ergeben. Verschiedene von ihnen haben ihre frühere Bedeutung eingebüßt, andre werden eine Erweiterung und Vertiefung erfahren und neue werden hinzutreten. Diese Umformung wird sich in der Anpassung an die Entwicklung der Tätigkeit herausbilden. Zunächst haben wir es noch mit den bisherigen Einrichtungen zu tun. Die wichtigsten und wertvollsten von ihnen sind die Arbeitersekretariate; sie werden wohl auf lange Zeit ihren alten Platz behaupten und als Rechtsberatungskassen der minderbemitteltesten Bevölkerung noch an Bedeutung gewinnen. Ihre Aufrechterhaltung hat während der Kriegszeit bei dem geschwächten Mitgliederbestand eine erhebliche Opfer erfordert, und nur durch bedeutende Zuschüßleistungen aus allgemeinen Gewerkschaftsmitteln war es möglich, eine ganze Anzahl von ihnen über Wasser zu halten.

Gewerkschaftsbureaus mit angestellten Leitern befaßen im Vorjahre 17 und 1913: 23 Orte. 1919 dagegen beträgt ihre Zahl 36. Als Angestellte in den Bureaus und den Sekretariaten waren 1919 insgesamt 252 Personen tätig.

Nächst den Arbeitersekretariaten gelten dann die Gewerkschaftsbüroaus als wichtigste Einrichtungen der Ortsausschüsse. Die Statistik für 1919 verzeichnet 74. Von diesen sind aber nur 40 als im Besitze der örtlichen Gewerkschaften befindlich anzusehen. In 34 Fällen handelt es sich bei dieser Bezeichnung um Pacht- oder Mieträume, die als Heim der Gewerkschaften dienen, und die mit

manchmal recht zweifelhaft, ob im strengsten Sinne des Wortes solche Räume als Einrichtungen der örtlichen Gewerkschaften bezeichnet werden können. Die Gewerkschaftshäuser haben den Gewerkschaftsmitgliedern nicht unerhebliche Kosten auferlegt und gegenwärtig ist es darin noch nicht besser geworden. Bei der gegenwärtigen Baustoffknappheit und den ungeheuerlich gestiegenen Baukosten wird zunächst die weitere Errichtung von Gewerkschaftshäusern kaum in Frage kommen, obwohl manche neue Einrichtungen für die Notwendigkeit der Schaffung von Unterkunftsräumen für die Gewerkschaften sprechen. Versammlungssäle wurden von den Gewerkschaften an 15 Orten unterhalten. 22 Ortsausschüsse haben Herbergen in eigener Regie, die zum Teil den Gewerkschaftshäusern angeschlossen sind, und in 159 Orten dienen unter der Kontrolle der Ortsausschüsse stehende Herbergen bei Gastwirten zur Unterbringung reisender Gewerkschaftsmitglieder. Gemeinsame Bibliotheken waren an 526 Orten eingerichtet, die in 83 Fällen mit Lesezimmern verbunden waren. Bildungsausschüsse befanden sich an 425 und Jugendauschüsse an 339 Orten. Beschwerdekommissionen für Gewerbeinspektionsfachen hatten 111 und Bauarbeiterbeschwerdekommissionen 194 Ortsausschüsse eingerichtet.

Häufige Arbeitsnachweise bestanden an 592 Orten und in 350 Fällen war die Leitung derselben paritätisch zusammengeleitet.

Von der Statistik sind im Jahre 1919 727 Ortsausschüsse erfasst, doch haben davon nur 672 Orte verzeichnete eine Kassenverhältnisse gemacht. Diese 672 Orte verzeichnen eine Gesamteinnahme von 462317 Mk., der eine Gesamtausgabe von 3639627 Mk. gegenübersteht. Die erhöhten Einnahmen sind nicht allein auf die vermehrte Zahl der beitragsabgebenden Mitglieder, sondern auch auf gesteigerte Beitragsleistungen zurückzuführen.

Die Beitragsleistung der Gewerkschaften zu den Ortsausschüssen wird in der Regel pro Mitglied und Jahr berechnet. Vielfach sind die Beiträge für weibliche und auch jugendliche Mitglieder niedriger angesetzt als für die männlichen. Die Beitragshöhe schwankt zwischen 15 Pf. und 6 Mk. pro Jahr und Mitglied. Die Beitragsleistung von 1,01 bis 2 Mk. ist geringer geworden, während sich die von 2,01 bis über 3 Mk. hinaus gesteigert hat. Eine Beitragsleistung von über 4 Mk. haben die Orte Krefeld 4,08 Mk., Kösslin 5 Mk., Freiburg i. Sch. 5,30 Mk., Sonderburg 5,84 Mk. und Ulzen 6 Mk.

Recht erfreulich ist, daß die Statistik für 1919 eine weitere Geltendmachung der Finanzverhältnisse der örtlichen Vereinigungen, die schon im Vorjahre zu beobachten war, angeht. Der lange Krieg hatte einen augencheinlichen Niedergang der Kartelle herbeigeführt. Von 1913, das ein Jahr wirtschaftlicher Depression und Abflauen der Gewerkschaftsbewegung war, bis 1917 überliegen bei den Kartellen die Ausgaben häufig die Einnahmen, und zwar 1915 und 1916 ganz erheblich. Schon im Vorjahre trat eine Besserung ein durch höhere Einnahmen gegenüber den Ausgaben. Für 1919 kommt diese günstige Entwicklung der Finanzen sehr stark zum Ausdruck. Es übertrifft die Einnahme die Ausgabe so beträchtlich, daß bei den berichtenden Ortsausschüssen eine Vermögenszunahme von über eine Million Mark festzustellen ist. Diese Tatsache scheint zwar anzuzeigen, daß 1919 den gestiegenen Einnahmen gegenüber die vermehrten Anforderungen noch nicht völlig zur Geltung kamen, doch ist unverkennbar eine Leistungsfähigkeit geschaffen, die den Ortsausschüssen zur Erfüllung ihrer Aufgaben eine gesicherte finanzielle Grundlage gibt.

Die im Jahre 1919 eingetretene Vermehrung der Ausgaben verteilt sich auf alle Posten. Es wurde im einzelnen vorausgibt: für Sekretariate und Rechtsauskunftstellen 1304762 (1918: 620989) Mk., für Gewerkschaftshäuser und Verlamungssäle 434641 (141846) Mk., für Vorkursion 161947 (35970) Mk., für Bibliotheken und sonstige Bildungszwecke 373891 (97180) Mk., für Jugendbildung 74432 (34678) Mk., für Herbergen und Nachweis 134139 (48745) Mk., für Arbeitervertreterwahlen 22761 (2283) Mk. und für statistische Erhebungen 11197 (80) Mk. Die Ausgaben für Sekretariate und Rechtsauskunftstellen haben sich mehr als verdoppelt und die für Gewerkschaftshäuser und Verlamungssäle verdreifacht. Die Aufwendungen für Bibliotheken und sonstige Bildungszwecke sind annähernd um das Fünffache gestiegen. Für Verwaltungszwecke wurden 1918 von 309 Orten 194231 Mk., 1919 dagegen von 508 Orten 466628 Mk. vorausgibt.

Von den Kirch-Dunderschen Gewerksvereinen und Christlichen Gewerkschaften liegen ziffermäßige Angaben über die Zahl und den Umfang ihrer Ortsverbände nicht vor. Es kann deshalb eine Gesamtübersicht über alle in Deutschland bestehenden örtlichen gewerkschaftlichen Vereinigungen nicht gegeben werden. Wenn auch diese beiden Organisationsrichtungen von dem Zustrome zu den Gewerkschaften nicht unberührt geblieben, so ist doch ihre Bedeutung gegenüber der gewaltigen Ausdehnung der freien Gewerkschaften noch geringer als früher geworden. Der überwiegende Einfluß der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten Organisationen auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse liegt naturgemäß keine Wirkung auch auf die örtlichen Gebiete aus. Bis in die neue Zeit hinein ist die Zahl der Ortsausschüsse im Wachsen begriffen, sie geht gegenwärtig schon weit über Tausend hinaus. Diesen Neubildungen wird nun die Arbeit der organisatorischen Gliederung und Festigung folgen. Eine der wichtigsten Aufgaben wäre zunächst die bestmögliche Zusammenfassung der Ortsausschüsse. In solchen Zusammenfassungen gewinnen die kleineren örtlichen Gebilde mit weniger gesunkenen Kräften einen stärkeren Rückhalt. Die damit bewirkte größere Festigung des Bestandes der örtlichen Vereinigungen wird wieder in den entlegensten Orten den Gewerkschaften

welteren Zugang aus ihnen noch fernstehenden Arbeiterschichten verschaffen. Die Aufgaben, die durch die Schaffung des Betriebsrätegesetzes zu lösen sind, bedingen an sich schon eine begriffsweise Gruppierung der Ortsausschüsse. Für das nächste Jahr stehen auch, nach recht langer Zeit, die Neuwahlen der Vertreter zu den Körperstellen der Arbeitervertretung bevor. Es gilt zu diesen Wahlen die Vorbereitungen zu treffen. Bei der reichlichen Fülle neuer Aufgaben, die an die Gewerkschaften herangeführt sind, dürfen die alten nicht unbeachtet bleiben, wenn ihnen auch, bei dem großen Ausmaße der durch die Revolution erfolgten Umformung des öffentlichen Lebens, nicht mehr die Bedeutung zuhohmen mag, die sie früher im Tageskampfe der Arbeiterschaft belahen.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Von den Tarifverhandlungen. Auch am 9. und 10. November ist in den Kommissionen eine rege Tätigkeit entfaltet worden, wennschon es nicht überall im gleichen Tempo voranging. Eine Hauptschwierigkeit bereitete die Forderung der Gehilfenschaft auf kürzere Arbeitszeit für die Maschinenlehrer, um der großen Arbeitslosigkeit auch auf diesem Weg entgegenzuwirken. Obwohl das Plenum nochmals zur Beratung über diese Angelegenheit zusammentrat (nachdem auch die Kommission I ergebnislos vermittelte hatte), war bei der Prinzipalsvertretung noch keine andre Stellungnahme zu erzielen. Die Experten der Maschinenlehrer konnten sich überzeugen, daß die Forderung der Arbeitszeitverkürzung mit der größten Entschiedenheit von der Gehilfenschaft verfolgt wurde; was auch von den übrigen Spartenangelegenheiten gilt. Abgesehen von der nunmehr für die zweite Sitzung zurückgestellten Arbeitszeittfrage für die Gekochschine, sind, auch in Spartenfragen, weiter annehmbare Ergebnisse zu verzeichnen. Die Experten der Korrektoren und der Stereotypisten konnten ihre Arbeit schon beendigen. Ob die Tarifverhandlungen in dieser Woche zu Ende gehen, ist noch fraglich.

Nachahmenswerkes Beispiel. Die Buchdruckerei Rob. Gellers Wwe. in Friedrichshafen i. B. gewährte dem verheirateten Personal eine Wirtschaftsbefreiung von je 100 Mk. — Die Firma Vereinigte Druckereien (Inhaber Paul Gulle) in Zittau gewährte ihrem Gesamtpersonal eine jeweilige Wirtschaftsbefreiung in folgender Höhe: Verheirateten 200 Mk., Ledigen, Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen 100 Mk., Lehrlingen 50 Mk.

Freies Nachquartier für reisende Kollegen. Der Ortsverein Emden gewährt durchreisenden Kollegen freies Nachquartier.

Meißeprüfung. In Schwerin (Meckl.) legte Kollege Kutschkreuter (Stützrow) die Meißeprüfung mit Erfolg ab.

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Bad Kreuznach wurden die Kollegen Karl Schmidt und Anton Jung als Schöffen, ferner Kollege Otto Gotschardt als Geschworener ausgelost.

Betriebsunfall. Die alte Anstalt, während des Ganges der Maschine Spieße herunterbrachten, mußte vor einigen Tagen ein Malchinmeister der Buchdruckerei Wilhelm Knapp in Halle a. d. S. schwer hüben. Er kam in die Maschine, wobei ihm der Oberarm gebrochen und Hand und Unterarm gequetscht wurden. So daß wohl noch eine Amputation des ganzen Armes vorgenommen werden muß. Ob genug sind nun schon die Kollegen vor dieser Anstalt gewarnt worden und doch wiederholt sich derartige Unfälle trotzdem noch sehr häufig, was man doch eigentlich gar nicht mehr für möglich halten sollte. Daß sich übrigens bei dieser Firma nicht schon mehr Unglücksfälle ereignet haben, ist nur zu verwundern, denn dort herrscht seitens des Faktors ein derartiges Untereinstellen, daß man es nur als bedauerlich bezeichnen kann, wenn sich die dort tätigen Kollegen dies fortgesetzt gefallen lassen. Wohin ein solches Untereinstellen letzten Endes führen muß, zeigt der eingetretene bedauerliche Unglücksfall. Hoffentlich ziehen die Kollegen nun endlich einmal die Lehre daraus und verwahren sich in Zukunft gegen eine derartige Behandlung seitens dieses Herrn.

„Die notleidenden Industrieflecken.“ Unse wiederholt unter dieser Epithete gebrachten Notizen haben insofern einen Erfolg erzielt, als gelegentlich einer Konferenz der Geschäftsführung der Firma „Synograph G. m. b. H.“ der Geschäftsführer darauf hinwies, daß von jetzt ab alle eingehenden Auftragsaufträge der Reihe nach ihre Erledigung finden müßten, um unangenehme Prozesse zu vermeiden. Wenn dies schöne Prinzip auch auf die Lieferung von Matrizen und Gießformen übertragen wird, so ist das schon eine Besserung der Verhältnisse im Gewerbe, die die Prinzipale dem „Korr.“ zu verdanken haben. Unseres Wissens sind holländische und schweizerische Auftragsaufträge zu Hunderten denen der deutschen Besteller vorgezogen worden und der deutsche Buchdruckereibesitzer hatte zu warten, um hinterher der Fabrik den erhöhten Tagespreis zu zahlen für eine Maschine, die ihm normalerweise viel eher und viel billiger geliefert worden wäre, wenn noch Treu und Glauben bei diesen „ehrbaren Kaufleuten“ bestanden hätte. Wie wäre es, wenn die geschädigten Unternehmer sich zu einem Schutzverbande zusammenfänden, der die Firma „Synograph“ auf Rückzahlung des zu viel gezahlten Kaufpreises und nebenbei auf Schadenersatz für die Zeit verlagte, wo die Interessenten durch die nachweisbare Schuld der Fabrik ohne Maschine waren? Die

Vorlegung der Geschäftsblätter vor Gericht würde den Nachweis erbringen, daß unter Umständen der Einfluß der Arbeiter auf die Produktion und den Vertrieb von allgemeinem Interesse ist.

Russischer Bucherverlag in Deutschland. Nach Mitteilungen einer in Paris erscheinenden russischen Wochenschrift bildet Deutschland gegenwärtig den Mittelpunkt des russischen Verlagsgeschäftes. Es wird dies als Folge der Auswanderung und Flucht von vielen russischen Schriftstellern aller „Fakultäten“ bezeichnet. Die Unterbindung der Meinungsfreiheit in Rußland dürfte zu dieser Verschiebung ebenfalls viel beigetragen haben, was des weitesten einen starken Rückgang des russischen Buchdruckergewerbes bedeutet und beweist, daß man die Pressefreiheit in einem Lande wohl knebelt, aber trotzdem nicht vollständig unterbinden kann.

Deutsche Kinderhilfe. In der Zeit vom 26. November bis 5. Dezember findet in allen Betrieben Deutschlands eine Sammlung für notleidende Kinder statt. Seitens der Organisation „Deutsche Kinderhilfe“ wird im Einverständnisse mit der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Betriebsräte die Bitte gerichtet, die Sammeltätigkeit in den Betrieben zu leiten. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ließ durch den „Gewerkschaftlichen Nachrichtendienst“ zu dieser Angelegenheit der Gewerkschaftspresse folgenden Aufruf gehen: „Kinder in Not! Viele Tausende hat das große Zentralorganisations für Wohlfahrtspflege zu einem gemeinamen Hilfswerke vereint, um durch Aufbringung privater Mittel der Wohlfahrtspflege neue Kräfte zuzuführen, die einzig und allein der Erhaltung und Gesundung unserer Kinder dienen sollen. Der Krieg hat unerhörte Verluste an Menschenleben und schwere Einbuße an Gesundheit bei Männern und Frauen gekostet; sichtbar sind aber die Folgen jahrelanger Nahrungsmittel für unsere Kinder. Hier droht der Zukunft ernste Gefahr. Kinder tuberkulose und Säuglingssterblichkeit sind in erschreckendem Maße gewachsen, unermeßlich ist die Not, die sich zum Teil verschämt vor jedem Auge verbirgt. Viele Hunderttausende von Kindern sind krank und gehen mit unermäßigem, geschwächtem Körper ins Leben, die kümmerlichste Kleidung muß herbergen, das kein Hemd den abgeherrten Körper deckt. Der kommende Winter wird diese Leiden noch unendlich vermehren. Reich, Staat und Gemeinde sind zur Zeit allein außerstande, diesem Notstande zu wehren, deshalb muß die freie Wohltätigkeit einsetzen, um dem Schlimmsten vorzubeugen. An unsere Gewerkschaftsgenossen in Stadt und Land, besonders aber an alle Ortsausschüsse, wenden wir uns deshalb mit dem Ersuchen, die in den nächsten Wochen erfolgenden Sammlungen der „Deutschen Kinderhilfe“ nach besten Kräften zu unterstützen. Die Not ist groß und nur ein Zusammenwirken aller gibt die Möglichkeit einer wirklichen Hilfe. Die Verteilung der gesammelten Mittel liegt in den Händen eines zentralen Ausschusses und bietet Gewähr einer sachgemäßen Verwendung.“ Wir erwarten, daß die Solidarität unserer Gewerkschaftsgenossen zur Rettung unserer notleidenden Kinder nicht vergeblich angereuert wird.“

Ausnahmebestimmungen gegen Ausperrungen und Streiks. Der Reichspräsident hat am 10. November unter dem Druck des wilden Streiks der Gemeinbedarbeiter in Berlin, der die Licht-, Wasser- und Verkehrsversorgung der Reichshauptstadt lähmte, eine besondere Verordnung über „die Stilllegung von Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen“ erlassen. Nach § 1 dieser Verordnung sind Ausperrungen und Arbeitsniederlegungen (Streiks) erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuss einen Schiedspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedspruches mindestens drei Tage vergangen sind. Mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15000 Mk. wird bestraft, wer durch Streik oder Ausperrung die ordnungsmäßige Fortführung der betreffenden Werke erschwert oder unmöglich macht. § 2 berechtigt den Reichsarbeitsminister zur Sicherung von Volkswirtschaftsarbeiten und -versorgung. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Betriebsbedingten berechtigter Ansprüche der Arbeiter. Die Kosten derartiger Anordnungen werden den Betriebsunternehmern zur Last gelegt. § 3 unterlag eine Benachteiligung der sich an Volkswirtschaftsarbeiten oder der Betriebsführung aller in Frage kommenden Werke beteiligenden Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Verordnung ist mit dem Tag ihrer Verkündung (10. November) in Kraft getreten. Wir sind der Auffassung, daß diese Verordnung nicht möglich gewesen wäre, wenn sich die streikenden städtischen Arbeiter nicht über eine geordnete gewerkschaftliche Durchführung ihrer Bewegung hinweggesetzt und sich nicht in das Schleppland kommunikativer Diktatoren hätten nehmen lassen. Dadurch haben insbesondere die streikenden Elektrizitätsarbeiter in Berlin nur erreicht, daß ihre Bewegung jeder gewerkschaftlicher Grundlage entbehrt und zu ihrer Isolierung geführt hat, indem die Mehrheit der Berliner Arbeiter ihnen antipathisch gegenübersteht, was zu ernstlichen Verwicklungen führen muß, die den Arbeiterinteressen im allgemeinen nicht dienlich sein dürften.

Preisrückgang in England. Nach neueren Feststellungen des englischen „Economist“ sind die Indizes für die Preise der wichtigsten Rohstoffe und Bedarfsartikel des täglichen Lebens im Oktober gegenüber September von 7645 auf 7175 gefallen. Das ist die niedrigste Indizeszahl seit November 1919. Der Rückgang ist hauptsächlich auf einen sehr erheblichen Preissturz für Baumwolle und Baumwollgarn zurückzuführen; auffallend und unerfreulich ist dagegen, daß die offiziellen Preise für Weizen und Getreid wieder gestiegen sind.